



Konjunktur und Arbeitsmarkt

# **Aiwanger: "Trotz Wachstum im ersten Halbjahr stehen wir vor schwerster Krise seit dem Zweiten Weltkrieg – ohne Energiepreisdeckelung bricht die Wirtschaft ein"**

23. September 2022

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger blickt trotz der Wachstumsmeldungen für das erste Halbjahr 2022 mit großer Sorge in die zweite Jahreshälfte. „Wir lassen uns durch das solide Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im ersten Halbjahr 2022 in Bayern nicht täuschen. Zwar liegt Bayerns halbjähriges Wirtschaftswachstum leicht über dem Bundesdurchschnitt, doch viele Unternehmen stehen wegen der hohen Energiepreise kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Wir brauchen jetzt sofort Hilfsprogramme, auch für den Mittelstand. Noch sinnvoller als nachgelagerte Hilfsprogramme sind allerdings umfassende Energiepreisdeckel, damit die Unternehmen gar nicht erst in diese existenzbedrohende Situation manövriert werden. Dies ist die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, wesentlich tiefgreifender als die Corona-Krise. Zudem wird für die zweite Jahreshälfte ein BIP-Rückgang und steigende Inflation prognostiziert.“

„Bayern braucht bezahlbares Gas“, fordert Aiwanger in Richtung Berlin. „Der Standort Bayern ist aufgrund seiner stark industriell geprägten Wirtschaftsstruktur in besonderem Maß auf eine sichere Gas- und Energieversorgung angewiesen. Die explodierenden Preise treffen energieintensive Unternehmen aller Branchen.“ Wenn der Bund nun der bayerischen Forderung nachkomme und die Öffnung der Zuschussprogramme zu Gas- und Energiekosten für energieintensive mittelständische Betriebe aller Branchen vorsehe, begrüße er das. „Ohne Ausweitung des Energieangebots und Unterstützung unserer Wirtschaft bei der Liquidität bluten die Unternehmen sehr schnell aus. Jetzt muss alles getan werden, damit Bayern seinen Spitzenplatz in der Weltwirtschaft nicht verliert. Wenn Bayern hustet, wird ganz Deutschland krank, das sieht man ja an unserem Beitrag zum

Länderfinanzausgleich.“

Wirtschaftsforschungsinstitute und die Bundesbank erwarten für Deutschland eine technische Rezession im kommenden Winter – also zwei aufeinander folgende Quartale mit negativem Wirtschaftswachstum.

Ansprechpartnerin:  
Katrin Nikolaus,  
stellv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 459/22